

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1106/09
von Genowefa Grabowska (PSE) und Dariusz Rosati (PSE)
an die Kommission

Betrifft: Die Europäische Union für die Opfer terroristischer Anschläge und deren Familien

Im September 2008 wurde der polnische Bürger Piotr Stańczak, ein 52-jähriger in Pakistan arbeitender Geologe von Taliban-Terroristen entführt. Von den Entführern wurden finanzielle und politische Forderungen gestellt, von deren Erfüllung sein Leben abhing. Im Februar dieses Jahres wurde der polnische Ingenieur enthauptet. Der Film von seiner Hinrichtung wurde an europäische Fernsehstationen übergeben. Die Herausgabe seines Leichnams machen die Terroristen weiterhin von der Erfüllung ihrer früheren Forderungen abhängig. Erfolgreiche Verhandlungen, mangelndes europäisches Solidaritätsempfinden und das fehlende sprichwörtliche Quäntchen Glück führten dazu, dass er zu einem weiteren Opfer des Kampfes gegen den Terrorismus wurde. Leider nicht zum letzten, wie zu befürchten ist!

Kein Mitgliedstaat der EU ist in der Lage, den Terrorismus allein zu bekämpfen. Deshalb ist es gut, dass die Union eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus beschlossen hat. Innerhalb des Rahmenprogramms „*Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte*“ (2007-2013) (KOM(2005)0124), der spezifischen Programme: „*Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung im Zusammenhang mit Terrorakten*“ und „*Kriminalitätsprävention und Kriminalitätsbekämpfung*“ sowie der Pilotprojekte: „*Opfer von Terrorakten*“ und „*Terrorismusbekämpfung*“ versucht die Union, sich in den Kampf gegen den Terrorismus aktiv einzubringen und den Opfern zu helfen.

Die Entführung und der tragische Tod des polnischen Ingenieurs zeigen, dass die bisherigen Maßnahmen der EU in Bezug auf die Sicherheit ihrer Bürger und die Hilfe für die Opfer von Terroranschlägen nicht ausreichen. Darum wird die Kommission gefragt:

Wird von der Kommission unter Einbeziehung des in der Union geltenden Solidaritätsprinzips die Erarbeitung rechtlicher Rahmen für gemeinsame externe Maßnahmen (im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik der Union) zugunsten von EU-Bürgern, die von den Folgen terroristischer Anschläge betroffen sind, in Erwägung gezogen?

Wird von der Kommission die Schaffung eines entsprechenden Mechanismus für das gemeinsame Vorgehen bei der Befreiung von EU-Bürgern vorgesehen, die von Terroristen entführt wurden?

Reichen die oben genannten Programme und Maßnahmen nach Auffassung der Kommission aus, um den gebührenden Schutz der EU-Bürger vor den Folgen terroristischer Anschläge zu gewährleisten und kommen sie den Opfern solcher Akte und deren Familien zugute?

Wurde von der Europäischen Kommission die Wirksamkeit der Hilfsmaßnahmen für die Opfer des Terrorismus und für deren Familien überprüft und ausgewertet sowie der Stand der Einführung der Maßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten eingeschätzt?

Beabsichtigt die Kommission angesichts des Anstiegs der Terroranschläge (deren Opfer EU-Bürger sind) die Schaffung eines gesonderten Gemeinschafts-Hilfsfonds für die Opfer des Terrorismus und für deren Familien?

Erachtet die Kommission die Empfehlung eines gemeinschaftlichen Hilfsmechanismus für die Familien der Opfer von terroristischen Anschlägen für begründet, in dessen Rahmen nicht nur eine finanzielle und psychologische Unterstützung angeboten, sondern u. a. auch der Kontakt zu sozialen Organisationen für Terroropfer und deren Familien erleichtert werden könnte?